

Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) Pressemitteilung – 24. Oktober 2018

Europäisches Parlament stimmt für die Aufnahme von Trilog-Verhandlungen über die Trinkwasserrichtlinie zur Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser in die europäische Rechtsetzung

(Pressemitteilung 24. Oktober 2018) Gestern hat das Europäische Parlament mit einer äußerst knappen Mehrheit den Bericht des MEP Michel Dantin über die Trinkwasserrichtlinie angenommen. Es ist das erste Mal, dass die EU-Rechtsetzung das Ergebnis einer Europäischen Bürgerinitiative berücksichtigt, in diesem Fall die EBI Right2Water.

Der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD), der die Right2Water-Bürgerinitiative auf den Weg gebracht hat, begrüßt die Tatsache, dass eine Mehrheit der Europaabgeordneten das Mandat unterstützt, das Menschenrecht auf Wasser in der Trinkwasserrichtlinie zu verankern und damit den Mitgliedstaaten die Aufgabe auferlegt, allen Menschen in der Europäischen Union einen universellen Zugang zu Trinkwasser zu garantieren. Dies war eine der wichtigsten Forderungen der EBI. Wir sind jedoch enttäuscht darüber, dass die Mehrheit der rechten Parteien im Europäischen Parlament Zeit und Mühe darauf verwendet hat, die Forderungen der Zivilgesellschaft aufzuweichen.

Die geringe Unterstützung, die der Text letztlich erhalten hat (nach Korrektur der Auszählung dürften weniger als 300 MEP dafür gestimmt haben), zeigt, dass der Bericht die Forderungen der Zivilgesellschaft besser hätte darstellen können. Wir bedauern, dass die Mehrheit des Parlaments die Forderung, dass alle Menschen in der EU Zugang zu einer Mindestversorgung mit Wasser haben, und die Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für Wasser abgelehnt hat. Dies hätte zu einem echten Fortschritt und mehr Transparenz geführt.

Die positiven Maßnahmen, die auf den Weg gebracht werden konnten, sind in erster Linie einer intensiven Mobilisierung der Zivilgesellschaft zu verdanken. Das Parlament unterstützt jetzt die Einrichtung von frei zugänglichen Trinkbrunnen in öffentlichen Gebäuden und rät vom Konsum von Flaschenwasser ab. Wasserversorger sollen öffentliche Brunnen sowohl auf öffentlichen Plätzen als auch in Gebäuden aufstellen und betreiben, so dass Leitungswasser überall zur Verfügung steht. Es ist ein wichtiger Erfolg, dass das Parlament und die Kommission den Mitgliedstaaten vorschlagen, den Zugang zu Wasser für benachteiligte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

Jan Willem Goudriaan, EGÖD-Generalsekretär und Right2Water-Vizepräsident, erklärt: „*Es ist wirklich eine Schande, dass eine kleine Mehrheit im Parlament die Forderungen nach einer eindeutigen Anerkennung und Umsetzung des Right2Water in der EU-Rechtsetzung nicht unterstützt hat. Wir werden uns bei den Mitgliedstaaten auch weiterhin für das Right2Water stark machen und uns für Fortschritte bei der Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser in die EU-Gesetzgebung einsetzen.*“

Wir erwarten von den Mitgliedstaaten, dass sie während der Trilog-Verhandlungen Vorschläge für das Right2Water vorlegen. Mehr als 1,8 Millionen Bürger/-innen in der Europäischen Union erwarten genau das.

[Weitere Informationen bei Pablo Sanchez](#), psanchez@epsu.org, 0032 474 62 66 33

Der EGÖD ist der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst. Der EGÖD ist der größte Gewerkschaftsverband des EGB und vertritt 8 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst in mehr als 260 Gewerkschaften. Der EGÖD organisiert Arbeitnehmer/-innen in der Energie-, Wasser- und Entsorgungswirtschaft, in den Gesundheits- und Sozialdiensten und in den kommunalen, regionalen und staatlichen Verwaltungen in allen europäischen Ländern einschließlich der östlichen EU-Nachbarländer. Der EGÖD ist die anerkannte Regionalorganisation der Internationale der öffentlichen Dienste (PSI). Weitere Informationen bei: www.epsu.org